

Die Widersinnigkeit des Regierungsprogramms

Die Partei VIVANT sieht es als ihre Pflicht an, das von der neuen Regierung vorgestellte Regierungsprogramm als eine reine umgemodelte Fortsetzung der Maßnahmen der vorigen Regierungen anzuprangern, Maßnahmen welche die sozialen Ungleichheiten in unserer gesamten Gesellschaft immer weiter verstärken.

Weil die kleinen und mittleren Unternehmen(KMU) 60% des nationalen Reichtums ausmachen, ist es unbegreiflich, warum sich die Regierung nicht stärker auf deren Dynamik stützt um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt aus der Krise zu führen. Die administrativen Hürden bei Firmengründungen abzubauen ist gut, aber das allein genügt nicht. Zinslose Kredite in der Anfangsphase scheinen attraktiv, sind aber eher eine Fallgrube angesichts der immer noch zu hohen Steuer- und Soziallasten.

Wir sollten berücksichtigen, dass unsere Unternehmen im ausländischen Konkurrenzkampf bestehen müssen und deshalb der Druck zur Rentabilität zuerst auf die Angestellten übertragen wird, um dann schließlich doch den Betrieb in Billiglohnländer auszulagern. Die vorgesehenen 800 Millionen Euro zur Senkung der Lohnnebenkosten genügen nicht um diese Tendenz umzukehren.

Hinzu kommt ein immer größer werdender Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern im öffentlich-rechtlichen Bereich und in großen Betrieben mit starker gewerkschaftlicher Präsenz und den Angestellten und Arbeitern in den kleinen Betrieben mit fehlender gewerkschaftlicher Bindung.

Und für die Selbständigen? Vermeintliche Verbesserungen der Pensionen, höhere Zuschüsse bei Berufsunfällen, Pflichtversicherung für kleine Risiken, alles wird mit nach oben korrigierten Beitragssätzen finanziert! Die Sozialbeiträge werden auf der Basis der Einkünfte der letzten 3 Jahre errechnet, wobei die aktuelle Einkommenssituation des laufenden Jahres eine völlig andere sein kann: VIVANT schlägt deshalb die Bemessung der Sozialabgaben für Selbständige nach dem gleichen Modus vor, wie bei den Einkommenssteuern für Privatpersonen, nämlich Vorfinanzierung auf der Basis der aktuellen Einnahmen und Verrechnung im darauf folgenden Jahr.

Die Regierung gibt in ihrem Programm die Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen vor. Das hört sich toll an, aber können Arbeitsplätze mit dem Zauberstab geschaffen werden oder entstehen sie vielmehr, weil die Betriebe Arbeitskräfte benötigen, und welche sie dann auch bezahlen können? Und wie ist die langfristige Sicherheit dieser Arbeitsplätze? Handelt es sich um kurzfristige Maßnahmen angesichts der Regionalwahlen in 2004 oder um langfristig sichere Arbeitsplätze in einem gesunden wirtschaftlich-sozialen Umfeld?

Die verschiedenen Steuererhöhungen auf fossile Treibstoffe und auf Tabakwaren sowie die Erhöhung der Protokolle bei Verkehrsdelikten imponieren mehr als Suche nach alternativen Geldquellen denn als Maßnahmen zur Veränderung von Verhaltensweisen. Diesel und Benzin sollen verstärkt besteuert werden um Erdgas zu fördern: Dabei wird übersehen, dass Erdgas auch eine fossile Energiequelle darstellt, und von einer steuerlichen Förderung biologischer Treibstoffen, welche unsere Landwirte produzieren könnten, wird überhaupt nicht gesprochen!

Fazit: das Alles ist unklar und wenig überzeugend. FÜR VIVANT ist die Kaufkraft unserer Mitbürger der Garant für Würde und Freiheit. Hier erkennt man die Widersinnigkeit der Regierungsmaßnahmen: Sozialer Fortschritt und Wirtschaftswachstum werden vorgegeben, in Wirklichkeit wird die Kaufkraft der Mitbürger noch weiter geschwächt, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen wird weiter verringert und die Ungleichheiten in der Gesellschaft werden verstärkt.

Catherine de Limburg Stirum, Laurent Thonar, Jean-Paul Brasseur
VIVANT-Wallonie u.Bruxelles